

Programm für Niedersachsen

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesausschuß Niedersachsen**

-6924



A 79-6924

Landesprogramm für Niedersachsen

Vorwort

Der Schlußstrich ist gezogen: Der Niedersächsische Landtag hat sich vorzeitig aufgelöst. Am 14. Juni 1970 wird neu gewählt.

Lange genug hat die CDU durch ihr verantwortungsloses Ränkespiel, durch gezieltes Abwerben von Abgeordneten die Arbeit des Landtages und der Regierung behindert und der Demokratie schweren Schaden zugefügt.

Niedersachsen braucht jetzt klare politische Verhältnisse. Wir Sozialdemokraten wollen eine saubere Politik.

Die Probleme der Nachkriegszeit hat die SPD gelöst. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist die Sozialdemokratische Partei die führende politische Kraft in Niedersachsen. Sozialdemokratische Ministerpräsidenten bestimmten die Richtlinien der Politik in unserem Land. Sie dienen den großen Zielen sozialdemokratischer Arbeit:

- **der Vertiefung der sozialen Demokratie,**
- **der Humanisierung der Gesellschaft und**
- **der Stärkung der Freiheit des einzelnen.**

Diese Politik hat in unserem Land ständig an Vertrauen gewonnen.

Niedersachsen steht jetzt vor der großen Aufgabe, den zweiten Abschnitt seiner Entwicklung zu einem leistungsfähigen Land im Rahmen der Bundesrepublik

Deutschland zu bewältigen. Unser Land hat mehr Probleme als andere. Es ist auch heute noch wegen seiner geographischen Lage und seiner ungünstigen Struktur benachteiligt. Niedersachsen braucht mehr denn je eine klare zukunftsorientierte Politik.

Dafür legt die Sozialdemokratische Partei ein Programm vor:

- *Wir Sozialdemokraten werden durch eine planvolle und tatkräftige Struktur- und Bildungsreform für die Einwohner in allen Landesteilen gleichwertige Lebensbedingungen schaffen.*
- *Wir werden die Industrie in unserem Lande weiterentwickeln und für unsere wachsende Bevölkerung mehr zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.*
- *Die Landwirtschaft soll zusammen mit der industriell-gewerblichen Entwicklung weiter modernisiert und gestärkt werden.*
- *Eine vorausschauende Bildungsplanung, gleiche Bildungschancen in Stadt und Land und eine von der Sorge für den Menschen bestimmte Sozial- und Gesundheitspolitik sind die Schwerpunkte sozialdemokratischer Regierungspolitik in unserem Lande.*

Der Erfolg für Niedersachsen wird um so größer sein, je mehr wir in zielklarer und vertrauensvoller Zusammenarbeit unsere eigenen Anstrengungen mit den Bemühungen der Bundesregierung vereinen.

Die Aussichten für eine solche Reformpolitik sind heute besser denn je. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gibt es jetzt auch in Bonn eine von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung. Unser Bundeskanzler Willy Brandt hat eine Politik eingeleitet, die uns Stabilität und weiteren Aufstieg bringt.

Diese Politik muß auch in Niedersachsen weitergeführt werden. Die Stimme des Wählers wird entscheiden, ob in Niedersachsen eine Politik kluger und zukunftsorientierter Reformen weiterhin wirksam werden kann.

„Bildung muß in der Meinung der Öffentlichkeit ihren Charakter als Luxusartikel verlieren. Sie ist kein Privileg. Bildung ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein.“
(Sozialdemokratische Perspektiven)

Bildung und Ausbildung

Die Bildungspolitik bestimmt in hohem Maße die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Wenn unsere Gesellschaft demokratischen Grundsätzen entsprechen soll, braucht sie:

- soziale Gerechtigkeit durch Chancengleichheit,
- mündige und informierte Bürger, die sich in einer komplizierter werdenden Umwelt behaupten,
- gut ausgebildete Arbeitskräfte, die mit der technischen Entwicklung schritthalten.

Dieses gesellschaftspolitische Ziel erfordert eine weit vorausschauende Bildungspolitik.

Nach fünf Jahren Kulturpolitik unter dem CDU-Minister Langeheine müssen wir gründlicher vorausdenken, sorgfältiger planen, besser koordinieren und entschlossener handeln.

Ziel Gesamtschule

Schulpolitisches Fernziel der SPD ist die Ersetzung des dreigegliederten Schulsystems durch die differenzierte und integrierte Gesamtschule. Sie bringt eine bessere Entwicklung der verschiedenen Begabungstypen, intensivere individuelle Förderung, die Überwindung milieubedingter Bildungsschranken und einen höheren Grad von sozialer Integration.

Die Gesamtschule bringt also Vorteile für alle Schüler. Sie beseitigt insbesondere die Benachteiligung von Arbeitnehmerkindern im bestehenden Schulsystem.

Die Gesamtschule kann nur auf einem langen Weg erreicht werden. Viele pädagogische Einzelfragen müssen noch gelöst werden. Deshalb ist ein umfassendes, systematisches und langfristiges Schulversuchsprogramm von großer Bedeutung.

- Schulversuchsprogramm** Die Ganztagschule, die Vorschule, die integrierte Förderstufe (Orientierungsstufe) nach der Grundschule und das 10. Schuljahr für Hauptschüler werden schrittweise eingeführt. Dabei werden verschiedene organisatorische Formen und didaktische Modelle erprobt.
- Lehrermangel** Die Behebung akuter Mängel im bestehenden Schulsystem ist neben der Schulreform eine gleichrangige Aufgabe. Das größte Problem ist gegenwärtig der Lehrermangel. Hier müssen Mittel der langfristigen Strukturverbesserungen mit kurzfristigen Übergangsmaßnahmen kombiniert werden. Dabei sind von besonderer Bedeutung Zusatzstudiengänge für geeignete Berufstätige, bessere Einstellungsbedingungen für Teilzeitbeschäftigte, der Einsatz von Schulassistenten und die Verwendung von Eingreifprogrammen im Unterricht.
- Lehrerausbildung** Eng verbunden mit den Problemen Schulreform und Lehrermangel ist die Reform der Lehrerausbildung. Die SPD wird ein Gesetz vorlegen, das eine einheitliche und praxisnahe Lehrerausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage vorsieht. Die Lehrer haben Anspruch auf Fort- und Weiterbildung. Neben dem Ausbau der Lehrerfortbildungsinstitutionen steht die Entwicklung von Kontaktstudien an den Hochschulen. Die Ausbildungsreform hat Auswirkungen auf die beamtenrechtliche Stellung der Lehrer. Die Konsequenz ist eine besondere Besoldungsordnung für Lehrer.
- Große Schulsysteme** Moderne Unterrichtsmethoden erfordern größere Schulsysteme. Deshalb sollen nur noch Schulzentren gebaut werden. Im Kultusministerium wird ein zentraler Arbeitsstab Schulbau eingerichtet, der die Schulträger in allen Schulbau- und Schulplanungsfragen berät.
- Transportkosten** Die Fahrtkosten der Kinder zur Schule muß das Land übernehmen.
- Lernmittelfreiheit** Die Lernmittelfreiheit kann im finanzschwachen Niedersachsen nur schrittweise eingeführt werden.
- Schulgesetzgebung** Die Schulreform macht neue Schulgesetze erforderlich. Diese Aufgabe wird in der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen.
- Berufsausbildung** Das bestehende Berufsausbildungssystem entspricht nicht mehr den Bedürfnissen einer hochindustrialisierten und sich demokratisierenden Gesellschaft. Deshalb setzt sich die SPD für eine

gründliche Reform des Berufsbildungsgesetzes ein. Die berufliche Bildung muß als Teil eines einheitlichen Bildungssystems gleichberechtigt neben die allgemeine Schulbildung treten. Die öffentliche Kontrolle und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Ausbildungsfragen muß gesichert sein. Die Berufsschulen werden so erweitert, daß überall die gesetzlich vorgeschriebenen acht Unterrichtsstunden erteilt werden können.

- Fernziel** Hochschulpolitisches Fernziel der SPD ist die differenzierte
- Gesamthochschule** Gesamthochschule. Sie umfaßt die wissenschaftlichen Hochschulen und die Fachhochschulen. Grundprinzip der Gesamthochschule ist die Verbindung von Forschung und Lehre. Wirkliche Integration bedeutet Neuordnung der Studiengänge, Lerninhalte und Lehrveranstaltungen.
- Sofortmaßnahmen** Erste Maßnahmen sind die Verschmelzung von Abteilungen der Pädagogischen Hochschule mit den Universitäten. Dies gilt für Hannover, Göttingen und Braunschweig. Für die Fachhochschulen sind vordringlich die Reform des Studiums, der Selbstverwaltung und der Lehrkörperstruktur. Sie werden schrittweise in die Gesamthochschulen einbezogen.
- Gesamthochschulgesetz** Die SPD wird ein Gesamthochschulgesetz vorlegen, das die Arbeitsweise der Hochschulen demokratischer und effektiver gestalten soll. Die Leitsätze für diese Hochschulgesetzgebung hat die SPD 1969 vorgelegt.
- Studienplätze** Jeder zum Studium Befähigte hat Anspruch auf einen Studienplatz. Deshalb ist es Aufgabe sozialdemokratischer Hochschulpolitik, neue Studienplätze zu schaffen. Die bestehenden Hochschulen werden erweitert, in Oldenburg und Osnabrück werden neue Hochschulen gegründet. Ein Hochschulgesamtplan für Niedersachsen hat darüber hinaus Vorschläge für den Nordostraum und Ostfriesland zu entwickeln.
- Erwachsenenbildung** Schule und Berufsausbildung reichen nicht mehr für ein ganzes Leben. Auch die Erwachsenen müssen weiterlernen. Deshalb wird die Erwachsenenbildung intensiv gefördert. In Niedersachsen sind dafür die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Nun muß der im Erwachsenenbildungsgesetz enthaltene Stufenplan verwirklicht werden. Der Bildungsurlaub für Arbeitnehmer wird durch Gesetz geregelt.

Jugendpolitik	Die SPD wird der jungen Generation helfen, ihren Standort in der Gesellschaft frei von Bevormundung selbst zu bestimmen.
Chancengleichheit, Mitbestimmung	Ziel sozialdemokratischer Jugendpolitik ist es, Chancengleichheit und mehr Mitbestimmung für die arbeitende Jugend, für Schüler und Studenten zu sichern. Daher umfaßt Jugendpolitik mehr als den traditionellen Bereich von Jugendförderung und Jugendpflege. Sie ist von einer fortschrittlichen Bildungs- und Sozialpolitik nicht zu trennen.
Reform des Bildungsystems	Die Reform des bestehenden Schul- und Berufsausbildungssystems steht an der Spitze unseres Programms. Darüber hinaus werden für die nächste Legislaturperiode folgende Schwerpunkte gesetzt:
Mitbestimmung	● Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Jugendsprecher im Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsgesetz.
Jugendarbeitsschutz	● Personelle Verstärkung der Gewerbeaufsichtsämter, um die Einhaltung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen stärker zu kontrollieren.
Jugendzentren	● Einrichtung von Jugendzentren, besonders im ländlichen Bereich.
Jugendberichte	● Systematische Bestandsaufnahme der Jugendpolitik in Niedersachsen durch einen Bericht der Landesregierung. Bei der Erstellung des Berichtes werden die Jugendverbände beteiligt.
Jugendforschung	● Förderung von Forschungsprogrammen, die sich mit Jugendbildung und Freizeit-Pädagogik beschäftigen.
Jugendfürsorgeheime	● Verbesserung der Erziehungssituation in den Fürsorgeerziehungsheimen.

„Struktur- und Raumordnungspolitik sind notwendige Bestandteile sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik.“ (Sozialdemokratische Perspektiven)

Strukturpolitik und Raumordnung

Fortschrittliche Wirtschafts- und Strukturpolitik

Befreit vom Ballast eines CDU-Koalitionspartners wird die sozialdemokratische Partei in Niedersachsen ihre fortschrittliche Wirtschafts- und Strukturpolitik fortsetzen.

Ihr oberstes Ziel ist dabei,

Ausreichende Arbeitsplätze

● eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen in zukunftssicheren Wirtschaftszweigen rationell über das Land verteilt zu schaffen und zu erhalten.

Entwicklungs- planung

● Langfristig orientierte Entwicklungsplanung auf der Grundlage von Raumordnungsprogrammen und innerhalb einer sinnvollen Finanzplanung muß die Voraussetzungen dafür schaffen.

Wachstums- orientierte Betriebe

● Neue, wachstumsorientierte Betriebe in Entwicklungsschwerpunkten sollen die Wirtschaftskraft des Landes steigern. Um ihre Ansiedlung zu fördern, muß das Straßennetz unseres Landes weiter ausgebaut werden. Verkehrsengpässe in Städten und Gemeinden müssen verschwinden.

Umfassendes Verkehrssystem

● Ein umfassendes Verkehrssystem, das Straße und Schiene einbezieht, soll die Straßen entlasten, die Leistungen verbessern und die Kosten senken.

Sozialdemokratische Wirtschafts- und Strukturpolitik verfolgt das Ziel, gleiche Chancen für alle zu erschließen. Sozialdemokraten werden die Voraussetzungen für eine moderne Industriegesellschaft und für die gleichwertige Entwicklung aller Teile unseres Landes schaffen.

„Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig steigender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung.“

(Sozialdemokratische Perspektiven)

Wirtschaftspolitik

Stetiges Wachstum

Die Wirtschaftspolitik des Staates muß darauf gerichtet sein, den wirtschaftlichen Kräften

- bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen
- für Vollbeschäftigung zu sorgen und
- Anpassungsschwierigkeiten im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß zu mindern (Strukturpolitik),

so daß ein stetiges Wachstum des Volkseinkommens und damit des Lebensstandards erreicht wird.

Der moderne Sozialstaat betreibt Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik und versucht, dadurch gleiche Chancen für alle Bürger herzustellen.

Unter diesem Gesichtspunkt werden heute Sozialeinrichtungen, Bildungsstätten, Verkehrsverbindungen und Versorgungsunternehmen, die allen zugänglich sind, angeboten.

Daher werden sich die Anstrengungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik auf folgende Punkte konzentrieren:

- Die Möglichkeiten des technischen Fortschritts zur Wohlstandssteigerung für alle Bürger sollen voll genutzt und die Anpassungsfähigkeit von Erwerbstätigen und Unternehmen an die technische Entwicklung gefördert werden.
- Die Allgemeinheit muß soziale Härten für die vom wirtschaftlichen Wandlungsprozeß betroffenen Arbeitnehmer mittragen.
- Den kleineren und mittleren Betrieben, besonders aus Handwerk und Handel, ist durch überbetriebliche Gewerbeförderung die Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

Langfristige Entwicklungs- planung

Der soziale Prozeß in dem komplizierten Gefüge der heutigen Gesellschaft muß durch eine bewußte Steuerung im Gleichgewicht gehalten werden. Dem dient eine langfristig orientierte Entwicklungsplanung. Sie ist Voraussetzung für ein fruchtbares Zusammenwirken von öffentlicher Hand, privater Wirtschaft und Gewerkschaften.

Dieser Planungsprozeß ist Vorbedingung dafür, daß auch der Arbeitnehmer rechtzeitig auf die Wandlungen im Arbeitsleben vorbereitet wird. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung erzwingt einen häufigeren Wechsel des Arbeitsplatzes und sogar des Berufes. Deshalb müssen die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung bei gleichzeitiger Einkommenssicherung verbessert und ausgeweitet werden.

Wir brauchen eine stetig wachsende Volkswirtschaft, die ihrerseits einen permanenten Fortschritt in der Ausbildung aller Erwerbstätigen verlangt.

Durch Konzentration der Mittel auf die räumlichen und sachlichen Schwerpunktaufgaben steigert planvolle SPD-Politik die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung für alle Bürger unseres Landes.

„Ziel sozialdemokratischer Agrarpolitik ist eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die den unternehmerischen Fähigkeiten der Bauern volle Entfaltung ermöglicht.“
(Sozialdemokratische Perspektiven)

Agrarpolitik

Sozialdemokratische Politik wird dafür sorgen, daß die niedersächsische Landwirtschaft sich zu einem Wirtschaftszweig entwickelt, der einen angemessenen Beitrag zum Wachstum leistet und den Landwirten ein leistungsgerechtes Einkommen garantiert. Die zunehmende Integration der Landwirtschaft in die übrige Wirtschaft erfordert die weitere Verbesserung der Agrarstruktur.

Sozialdemokraten werden weiter dafür sorgen, daß

- zu kleine Betriebe aufgestockt werden,
- die technische Rationalisierung und der Bau eines leistungsfähigen Netzes von Wirtschaftswegen durchgeführt werden und
- Investitionshilfen für die Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewährt werden, weil nur durch eine offensive Marktstrategie die Produktion in Qualität und Menge den Anforderungen des Marktes und den Wünschen der Verbraucher angepaßt werden kann.

Im Rahmen der Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik muß der Übergang von Landwirten mit unzureichender Existenzgrundlage in einen außerlandwirtschaftlichen Beruf gefördert werden. Damit wird den in der Landwirtschaft verbleibenden Erwerbstätigen eine angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Wachstum sowie die Verbesserung der Einkommens- und Lebensbedingungen ermöglicht.

- Zur Förderung des Umstrukturierungsprozesses in der Landwirtschaft sind für ausscheidende landwirtschaftliche Arbeitskräfte an zentralen Orten außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze und die entsprechenden Umschulungs- und Fortbildungsstätten zu schaffen.

● Das Ausscheiden von Landwirten aus der Landwirtschaft ohne soziale Härten muß durch verbesserte Altersrenten (Landabgaberente, Landabgabepremie) und soziale Ergänzungspläne gefördert und erleichtert werden.

● Die in der Landwirtschaft Tätigen sind in das soziale Sicherungssystem einzubauen.

Ziel muß sein:

Weniger Landwirte auf größeren Betriebseinheiten, die wirtschaftlich produzieren und einen größeren Anteil an den Verkaufserlösen der Landwirtschaft erzielen.

Dazu gehört auch die Förderung des Dorfes auf sozialem und kulturellem Gebiet. Die Lebensverhältnisse in Stadt und Land müssen einander angeglichen werden. Diesem Ziel dient auch der Bau von Dorfgemeinschaftshäusern, mit dem Sozialdemokraten begonnen haben.

Die Landwirtschaft erbringt für die Erhaltung der Kulturlandschaft, die Regulierung des Wasserhaushaltes und die Reinhaltung der Luft Leistungen zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Sie werden für die industrielle Gesellschaft immer wichtiger, da mit zunehmender Freizeit die ländlichen Zonen als Erholungsraum intensiver beansprucht werden.

Ein sozialdemokratischer Landwirtschaftsminister hat die großen landwirtschaftlichen Programme in Niedersachsen eingeleitet und ausgeführt. Das muß wieder so werden.

Öffentliche Verwaltung ist nicht Selbstzweck. Sie hat vom Bürger auszugehen und für ihn zu wirken. In einer freiheitlich staatlichen Ordnung muß sie getragen werden vom Vertrauen, der Mitverantwortung und der Mitbestimmung des Bürgers.

Verwaltungs- und Gebietsreform

Die Ziele der Bildungs-, Sozial- und Strukturpolitik können nur erreicht werden, wenn die Träger dieser großen Aufgaben den hohen Anforderungen voll gewachsen sind. Für die erstrebte gleichwertige Entwicklung aller Teile unseres Landes wird damit auch die Verwaltungs- und Gebietsreform zu einer notwendigen Aufgabe von hohem gesellschaftspolitischem Rang.

- Leistungsfähige Gemeinden sind die Grundlage unseres demokratischen Staates.
- Die Selbstverwaltung muß in den Angelegenheiten ihrer örtlichen Gemeinschaft in größerem Maße als bisher Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.
- Gemeinden von 7000 bis 8000 Einwohnern sind erfahrungsgemäß den Anforderungen unserer Gesellschaft gewachsen. Die Struktur unseres großflächigen Landes läßt jedoch eine solche schematische Gliederung nicht zu. Die landschaftlichen Besonderheiten sind zu berücksichtigen.
Die Landkreise der Zukunft haben mehr als bisher im Rahmen der Strukturpolitik Planungs- und Entwicklungsaufgaben zu übernehmen. Eine vernünftige Raumordnung, eine schwerpunktmäßige Wirtschaftsförderung und ein sachgerechter Ausbau der öffentlichen Einrichtungen, insbesondere des Verkehrsnetzes, des Schulwesens und der Gesundheitspflege, setzen neue großräumige und finanzkräftige Landkreise voraus.
- Planungsverbände sind zu bilden, wenn kreisfreie Städte mit den benachbarten Landkreisen gemeinsame regionale Aufgaben zu erfüllen haben.

- Die Landesverwaltung in allen ihren Bereichen muß durch die tiefgreifende Verwaltungs- und Gebietsreform in die Lage versetzt werden, sich auf die großen landespolitischen Aufgaben verstärkt konzentrieren zu können. Das setzt weitgehende Aufgabenverlagerungen aus den Ministerien in die Verwaltungsbezirke und von den Verwaltungsbezirken in die Landkreise voraus.
- Die Verlagerung der Aufgaben von oben nach unten ist durch eine Stärkung der kommunalen Finanzkraft zu unterstützen. Für Gemeindezusammenschlüsse sind Starthilfen aus Landesmitteln in erhöhtem Umfange zur Verfügung zu stellen.
- Städte, die durch die Neugliederung in ihrer Struktur verändert werden, erhalten Anpassungshilfen aus Landesmitteln. Bei der Durchführung der Reform sind Härten für die Beamten, Angestellten und Arbeiter in der öffentlichen Verwaltung zu vermeiden oder angemessen auszugleichen.

„Die Wohnungspolitik ist künftig stärker als bisher in eine zielbewußte Städtebaupolitik einzuordnen.“ (Sozialdemokratische Perspektiven)

Wohnungs- und Städtebau

Jedem eine angemessene Wohnung

Jede Familie und jeder Alleinstehende soll die Möglichkeit haben, sich eine angemessene Wohnung frei zu wählen.

- Um dieses Ziel sozialdemokratischer Politik zu erreichen, müssen in Niedersachsen in den nächsten zehn Jahren noch 450 000 Wohnungen gebaut werden.
- Davon sollen 120 000 als Sozialwohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden; sie sind bestimmt für junge und für kinderreiche Familien, für alte und alleinstehende Mitbürger, für Behinderte und für Bezieher geringer Einkommen. In Zukunft müssen Städteplanung und Wohnungsbau eine Einheit sein.

Gesunde Städte und Dörfer

Sozialdemokraten messen der Entwicklung und Erneuerung der Städte und Dörfer große Bedeutung zu.

- Das Ziel ist eine menschlich geordnete Umwelt mit allen notwendigen sozialen Einrichtungen und mit vielfältigen Freizeitbereichen.
- Die Zersiedlung der für Leben und Erholung zu schützenden Landschaft muß verhindert werden.
- Überalterte und ungesunde Wohngebiete müssen nach humanen Maßstäben neu gestaltet werden. Das von der Bundesregierung beschlossene Städtebauförderungsgesetz wird die erforderlichen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen. Wir werden es anwenden.

„Für eine Partei der sozialen Reform ist Gesundheitspolitik ein Stück der Sicherung der Würde und der Freiheit des Menschen.“

(Sozialdemokratische Perspektiven)

Sozial- und Gesundheitspolitik

Vorausschauende Gesundheitspolitik Eine vorausschauende Politik und eine langfristige Planung müssen Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen unseres Landes sichern.

- Sozialdemokraten fordern deshalb die Verstärkung vorbeugender Gesundheitsmaßnahmen durch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen für jeden Bürger,
- die Verbesserung der ärztlichen Versorgung vor allem auf dem Lande,
- die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit durch noch bessere Schwangerschaftsvorsorge und Mutterschutz,
- einen besseren Schutz gegen übertragbare Krankheiten und die intensivere Bekämpfung der Zivilisationskrankheiten,
- die Verbesserung des Unfallschutzes am Arbeitsplatz, im Verkehr, im Haushalt und in der Freizeit.
- Die Eindämmung bestehender und die Verhinderung neuer Immissionsschäden sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Lärm und für die Reinhaltung von Luft und Wasser.

Leistungen in der Vergangenheit, Forderungen für die Zukunft Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit ein beispielhaftes Krankenhausschwerpunktprogramm, einen Zehnjahresplan für die Modernisierung der psychiatrischen Landeskrankenhäuser und mustergültige Einrichtungen für geistig und körperlich behinderte Kinder geschaffen.

Eine soziale Gemeinschaftsaufgabe bleibt für uns Sozialdemokraten

- der Bau von Krankenhäusern mit vorbildlicher medizinisch-technischer Ausstattung,
- die Schaffung von modernen Spezialbehandlungsschwerpunkten und
- die Errichtung von Schwesternwohnheimen.

**Sorge um die
älteren Menschen**

Den älteren Mitbürgern gilt die besondere Sorge der Sozialdemokraten.

Schon heute ist fast jeder siebte Einwohner unseres Landes über 65 Jahre alt.

- Für diese Mitbürger müssen dringend mehr Wohnungen, Heime, Tagesstätten und Erholungsmöglichkeiten geschaffen werden.
- Besonders zu fördern sind auch die Einrichtungen der persönlichen Hilfe.

„Die Erfüllung des Programms zur Förderung des Sports ist eine notwendige Ergänzung aller Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit; das gilt sowohl für den Leistungs- wie auch für den Schul- und Breitensport.“

(Sozialdemokratische Perspektiven)

Sport und Freizeit

Sportförderung

Der Sport gewinnt für die Gesunderhaltung der Menschen und für die Erhaltung ihrer Leistungskraft, darüber hinaus für die Freizeitgestaltung ständig an Bedeutung.

Vielfältige sportliche Betätigung soll deshalb allen Altersgruppen in Stadt und Land ermöglicht werden. In einer arbeits- und leistungsorientierten Gesellschaft bietet der Sport Möglichkeiten des körperlichen Ausgleichs und der Erholung.

Unsere Forderungen:

- Mehr Sport an den allgemeinbildenden Schulen,
- Sport als Pflichtfach an den berufsbildenden Schulen,
- Bau von weiteren Turnhallen, Frei- und Hallenbädern und Sportplätzen.

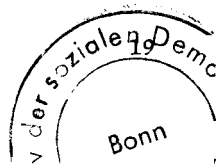
Jede neue Schule soll über ein Schwimmbecken, einen Sportplatz und eine Turnhalle verfügen. Besondere Beachtung ist solchen Projekten in ländlichen Gebieten zu widmen.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und -verbänden im Interesse des Breitensports verstärken und den Leistungssport fördern.

Freizeit

Der Mensch in der hochindustrialisierten Gesellschaft ist ständigen Dauerbelastungen ausgesetzt.

Die Schaffung ausreichender Erholungsgebiete sowie von Einrichtungen für die Freizeitgestaltung wird immer notwendiger. Um dem steigenden Bedürfnis nach Erholung Rechnung tragen zu können, werden wir gut ausgestattete Erholungsgebiete schaffen.



„Der im Grundgesetz garantierte umfassende Rechtsschutz durch die Gerichte muß durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensordnungen sowie durch Beschleunigung der gerichtlichen Verfahren für den rechtsuchenden Bürger verständlicher und wirksamer werden.“ (Sozialdemokratische Perspektiven)

Rechts- und Justizpolitik

Ziel demokratischer Rechtspolitik ist, in unserem Land eine soziale und humane Rechts- und Lebensordnung zu verwirklichen. Den wirtschaftlich Schwachen ist Schutz vor dem wirtschaftlich Stärkeren zu gewähren.

Verständliche Rechtspflege, Beschleunigung des Verfahrens

Die Rechtspflege muß für den Bürger verständlich sein. Dazu gehören ein dreistufiger Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit und möglichst einheitliche Verfahrensordnungen. Eine Neueinteilung der Gerichtsbezirke ist erforderlich. Der Bürger soll die Gerichte in einer ihm zumutbaren Zeit erreichen können. Er hat einen Anspruch auf ein gutes und schnelleres Gerichtsverfahren.

Juristen- ausbildung

Die Ausbildung der Juristen muß heutigen Anforderungen entsprechen. Rechtstechnik allein genügt nicht. Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, Lebenserfahrung und demokratische Gesinnung müssen hinzukommen. Richtern und Staatsanwälten ist die Möglichkeit ständiger Fortbildung zu geben. Die Errichtung einer Richterakademie in Norddeutschland wird angestrebt.

Mitbestimmung

Die Forderung der Richter und der Staatsanwälte auf Mitbestimmung, insbesondere im personellen Bereich, ist berechtigt. Eine demokratische Zusammensetzung der Präsidialräte und die Erweiterung ihrer Befugnisse sind notwendig.

Strafrechtsreform

Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung um eine Anpassung der Gesetze an die gesellschaftlichen Veränderungen. Vordringlich ist die Vollendung der Strafrechtsreform. Sie muß ergänzt werden durch eine Reform des Strafverfahrens und des Strafvollzuges. Den Straffälligen sind Lebenshilfen zu gewähren, damit sie als vollwertige Mitglieder in die Gesellschaft zurückfinden können.

„Im kommenden Jahrzehnt sind weitgehende Reformen erforderlich, um einerseits die Leistungsfähigkeit des Staates zu sichern und um andererseits die in unserer hochtechnisierten und -organisierten Gesellschaft ständig zunehmende staatliche Tätigkeit einer effektiven politischen Kontrolle zu unterstellen.“

(Sozialdemokratische Perspektiven)

Parlamentsreform und Demokratisierung der Verwaltung

Weitere Demokratisierung Parlament und Verwaltung des Landes Niedersachsen müssen im Interesse weiterer Demokratisierung und größerer Wirksamkeit in ihrer Organisation verändert werden. Das Verhältnis von Legislative und Exekutive muß ausgewogener werden.

Parlamentsreform Die Sozialdemokraten sehen im Rahmen der Parlamentsreform folgende Ziele als vorrangig an:

- Verdeutlichung der Landtagsarbeit in der Öffentlichkeit,
- Rechtzeitige Beteiligung des Parlaments am Gesetzgebungsverfahren,
- Verbesserung des Petitionswesens,
- Rationalisierung der Landtagsarbeit,
- Neugestaltung der Fragestunde.

Modernisierung der Verwaltung Die von einem sozialdemokratischen Innenminister begonnene Modernisierung von Verwaltungsabläufen ist fortzusetzen. Dazu gehören der weitere Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung (u. a. Einrichtung einer zentralen Datenbank) und die systematische Fortbildung der im öffentlichen Dienst tätigen Menschen.

**Mehr
Mitbestimmung**

Das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz ist zu novel-
lieren.

- Die Mitbestimmungsrechte der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst sind erheblich auszubauen.
- Bei Nichteinigung der beteiligten Dienststelle und des Personalrats hat eine Einigungsstelle zu entscheiden. Sie ist bei jeder obersten Landesbehörde zu bilden und sollte aus einem *unparteiischen* Vorsitzenden und je drei Beisitzern bestehen. Die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Unternehmen der öffentlichen Hand ist auszubauen.

	Seite
Inhalt:	
Vorwort	3
1. Bildung und Ausbildung	5
2. Strukturpolitik und Raumordnung	9
3. Wirtschaftspolitik	10
4. Agrarpolitik	12
5. Verwaltungs- und Gebietsreform	14
6. Wohnungs- und Städtebau	16
7. Sozial- und Gesundheitspolitik	17
8. Sport und Freizeit	19
9. Rechts- und Justizpolitik	20
10. Parlamentsreform und Demokratisierung der Verwaltung	21



Hannover, im Mai 1970

**Jetzt
kommt's
drauf
an.**

A 79